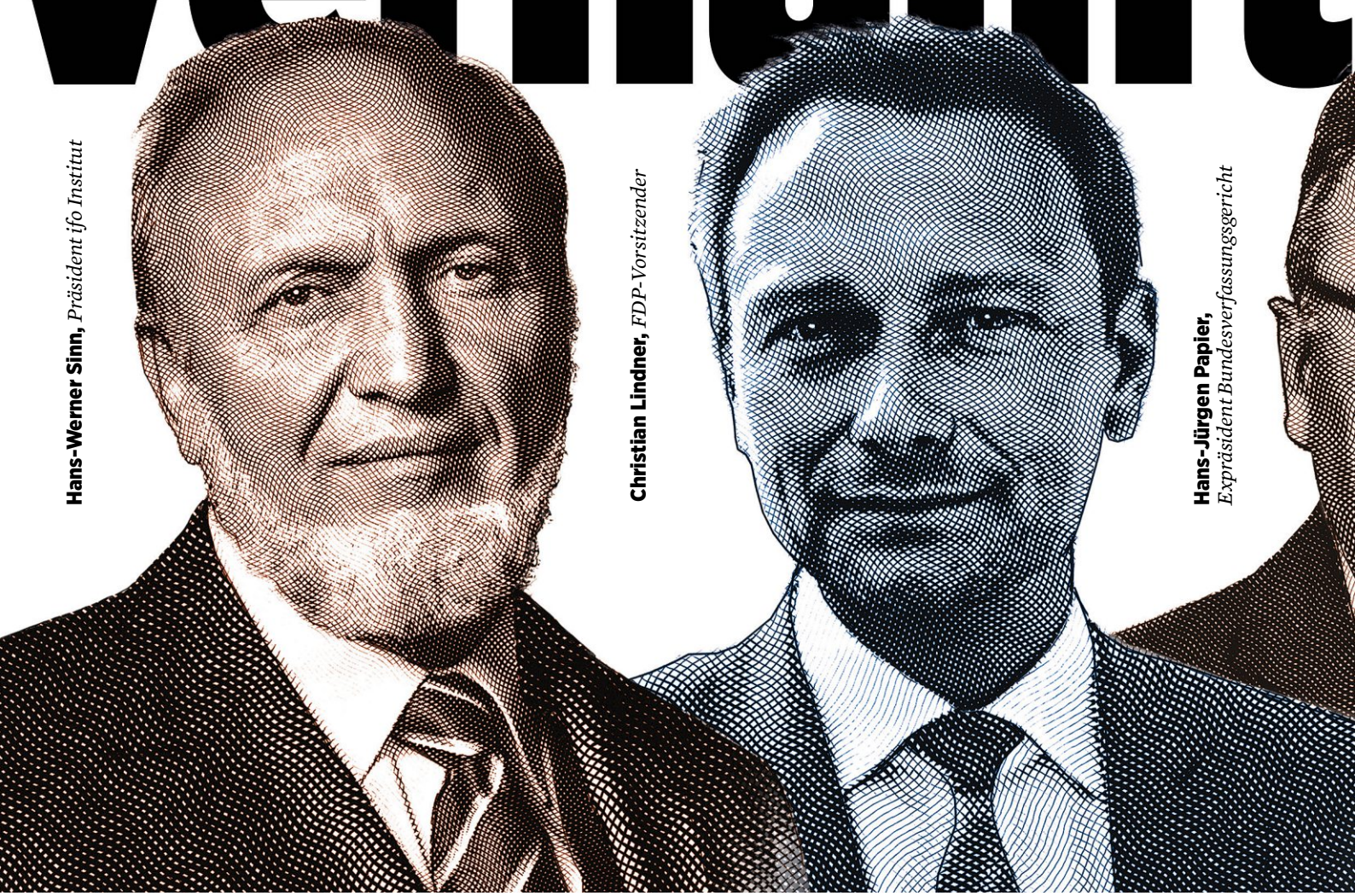
TITEL

Bar jeder Vernunft

Rettet das Bargeld! Denn Bargeld • schützt unsere Privatsphäre • bremst staatlichen Überwachungsdrang • wirkt dem weiteren Absenken der Zinsen in den Negativbereich entgegen. Das fordern diese 26 Ökonomen, Manager und Politiker:



Hans-Werner Sinn, *Präsident ifo Institut*

Christian Lindner, *FDP-Vorsitzender*

Hans-Jürgen Papier, *Expräsident Bundesverfassungsgericht*

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

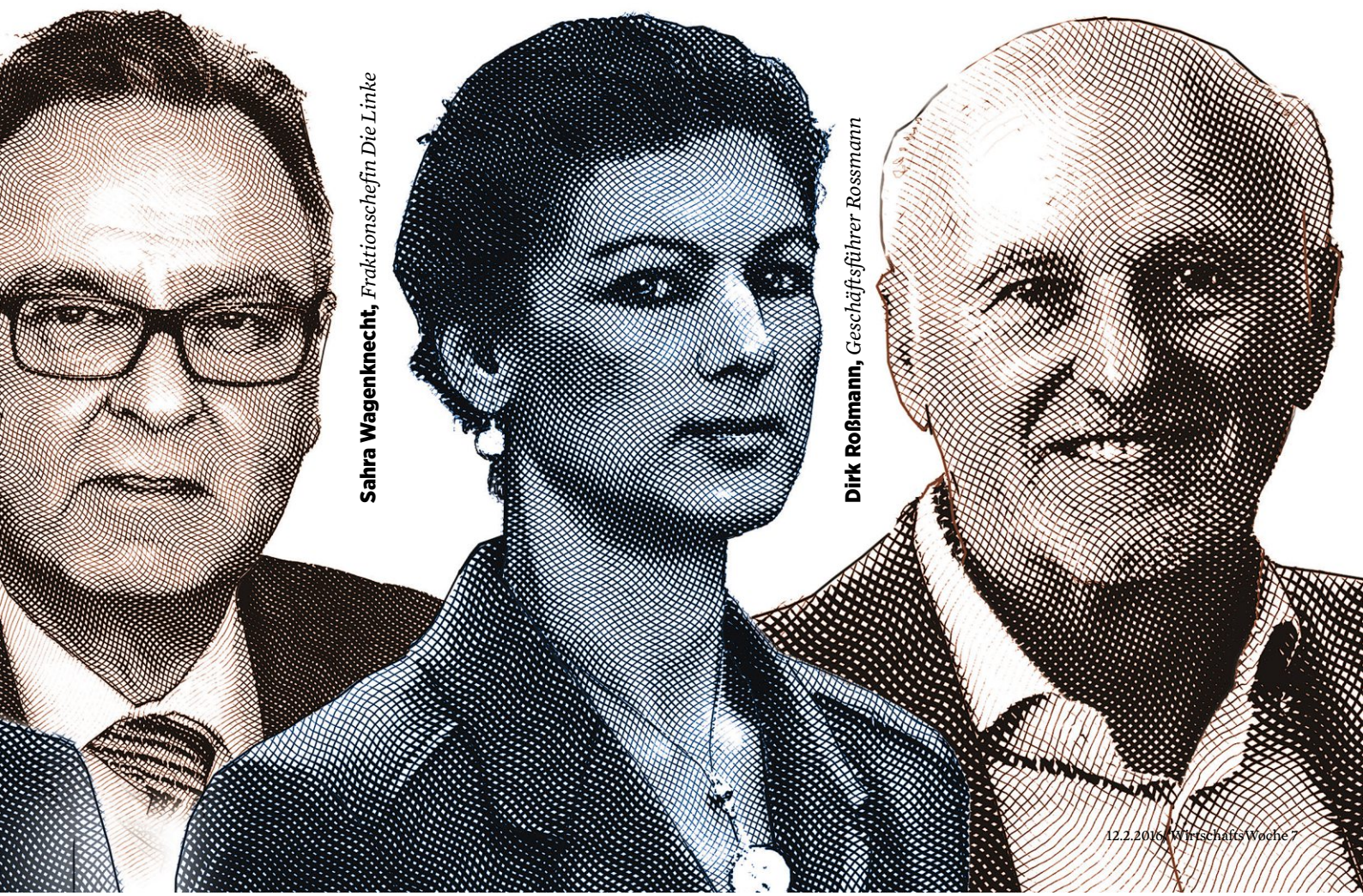
Christian Lindner, FDP-Vorsitzender
„Unser Grundgesetz garantiert Eigentum und Privatsphäre. Wer das Bargeld teilweise oder ganz abschaffen will, schafft keine neue Sicherheit, tilgt aber ein weiteres Stück sichere Freiheit eines jeden Einzelnen von uns.“

Hans-Jürgen Papier, ehemaliger Präsident des Bundesverfassungsgerichts
„Unsere Verfassung schützt die Vertragsfreiheit und die Privatautonomie der Bürger. Sie bestimmen daher grundsätzlich selbst, wie sie im Rechtsverkehr ihre Leistungen erbringen, also etwa durch Bargeldzahlungen.“

Dirk Roßmann, Geschäftsführer Drogerie Rossmann
„Das Halten von Bargeld ist eine Möglichkeit, den derzeitigen Strafzins bei großen Guthaben zu umgehen. Die Abschaffung der 500-Euro-Scheine erschwert dies. Interessant daran ist, wie beflissen der Bevölkerung schnelle Erklärungen geboten werden, ohne die Hintergründe zu kennen.“

Geld

Politik und Notenbanken haben dem Bargeld den Kampf angesagt. Dagegen sollten wir uns wehren – für unsere Freiheit und Privatsphäre.



Sahra Wagenknecht, *Fraktionschefin Die Linke*

Dirk Roßmann, *Geschäftsführer Rossmann*

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Auf das Treffen mit seinen Notenbankkollegen in vier Wochen muss sich Mario Draghi, der Chef der Europäischen Zentralbank (EZB), diesmal besonders gut vorbereiten. Denn im obersten Entscheidungsgremium der Euro-Hüter sind heftige Diskussionen vorgezeichnet. Nicht nur die Frage, ob man den Zinssatz für die Einlagen der Banken bei der EZB weiter in den Minusbereich drücken soll, dürfte Kontroversen auslösen. Auch der 500-Euro-Schein, die höchste Banknote der Gemeinschaftswährung, steht zur Disposition. Draghi will den Schein aus dem Verkehr ziehen. Bundesbank-Chef Jens Weidmann hat bereits Widerstand angekündigt.

Das Vorhaben Draghis sorgt auch in der Öffentlichkeit für Aufregung. Ebenso wie die Pläne von Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble, Barzahlungen in Deutschland künftig auf 5000 Euro zu begrenzen.

Beide Vorschläge zusammen entfalten eine enorme öffentliche Wirkung. Zusammengenommen wirken sie, als bliesen Politik und Notenbanken zum Angriff auf die Existenz des Bargeldes. Entsprechend groß ist die Aufregung in Öffentlichkeit und Teilen von Wirtschaft, Politik und Wissenschaft.

Die Auswirkungen einer solchen globalen Allianz zur Begrenzung von Münzen und Scheinen, unter dem Deckmäntelchen des Kampfes gegen Terror und organisierte Kriminalität, sind in der Tat immens. Die Beschränkung des Bargelds ist nur Vehikel für ein ganz anderes Ziel: Die Notenbanken wollen die Zinsen auf breiter Front unter null Prozent drücken, um die Schuldenlast der Staaten zu senken. Weil das Bargeld dem Marsch in die Negativzinswelt im Weg steht, soll es verschwinden.

Ohne Bares aber verschwindet der Schutz der Bürger vor Bankenkrisen, Negativzinsen und den neugierigen Blicken der Behörden. Gemeinsam mit der WirtschaftsWoche appellieren daher Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Politik, Unternehmen und Kultur: Rettet das Bargeld! Denn es schützt unsere Freiheit und unseren Wohlstand (siehe Aufruf Seite 20). Neben dem Willen der Mehrheit der Deutschen haben sie vor allem die ökonomische Vernunft auf ihrer Seite.

79 %
der Deutschen wollen das Bargeld behalten

Dass es Regierungen nicht behagt, wenn die Bürger frei von staatlicher Kontrolle ihren Geschäften nachgehen, ist keineswegs neu. Selbst die USA, deren Bürger für ihren Freiheitsdrang bekannt sind, machen da keine Ausnahme. So waren jenseits des Atlantiks bis 1945 Dollar-Scheine im Nennwert von 500, 1000 und 10 000 Dollar im Umlauf. Doch dann zog die Regierung die Scheine peu à peu ein. 1970 verpflichtete sie die Banken, alle Barzahlungen zu dokumentieren. Im Gefolge der Finanzkrise verschärfte Washington den Feldzug gegen das Bargeld. 2015 verbot die Chase Bank ihren Kunden daraufhin, Bargeld in den Schließfächern zu horten. „Man will die Menschen zwingen, alle Zahlungen über das Finanzsystem abzuwickeln“, sagt Joseph Salerno, Professor an der Pace-University und Vizepräsident des Ludwig-von-Mises-Institutes in Auburn.

In Europa nutzten die Regierungen die Volten der Euro-Krise, um das Bargeld zurückzudrängen. Italiens Regierung erließ eine Obergrenze für Bargeldzahlungen von 3000 Euro. In Frankreich setzte die Regierung die Grenze nach den Terroranschlägen auf „Charlie Hebdo“ von 3000 auf 1000 Euro herab, in Großbritannien müssen sich Händler registrieren lassen, wenn sie Barzahlungen von umgerechnet mehr als 15 000 Euro annehmen. In China forciert die Regierung die Abschaffung von Bargeld, indem sie keine Banknoten für umgerechnet über 14 Euro emittiert.

Am weitesten haben die Skandinavier das Bargeld zurückgedrängt. In Schweden heißt es: „Bargeld ist das Blut in den Adern der Kriminalität.“ Die Bürger in Europas Norden zahlen fast nur noch mit Kreditkarte oder Smartphone. Ähnlich ist es in Dänemark. Wer größere Beträge mit Cash bezahlt, macht sich als Krimineller verdächtig. Ende des Jahres stellt die Notenbank in Kopenhagen den Druck von Banknoten ein.

Gefördert wird der Kampf gegen das Bargeld von Kreditkartengesellschaften, Zahlungsdienstleistern und Großbanken, für die Bargeldhaltung mit hohen Kosten verbunden ist. Sie werben mit Bequemlichkeit, Schnelligkeit und niedrigeren Kosten bei Nutzung elektronischer Zahlungsmittel. In Stockholm akzeptieren sogar Bettler Kreditkarten. Das Lesegerät dazu

Felix Zulauf, Vermögensmanager, Vicenda Asset Management
„Es ist unerhört wie die ‚sogenannte Elite‘ die Demokratie, die Freiheit und unsere marktwirtschaftlichen Wirtschaftssysteme mit Dummheiten über Dummheiten kontinuierlich demontiert. Wir werden in der Geschichte auf diese Dummheiten zurückschauen und unsere Kinder werden uns fragen: Warum habt ihr nicht eingegriffen?“

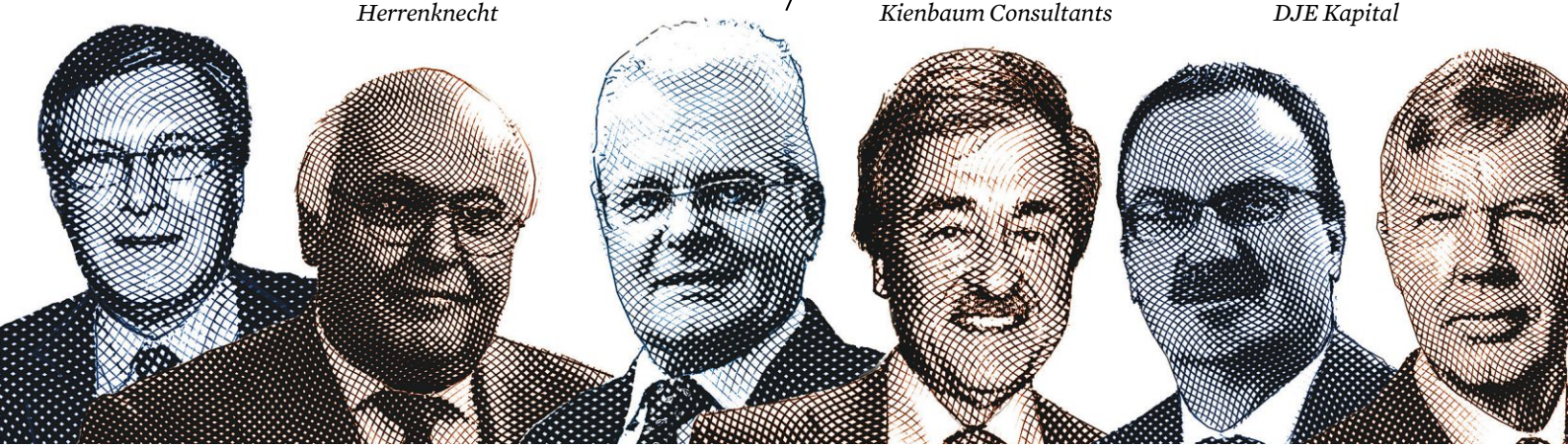
Wolfgang Gerhardt,
Vorstandschef Friedrich-Naumann-Stiftung

Martin Herrenknecht,
Vorstandschef Herrenknecht

Jochen Kienbaum,
Vorstandschef Kienbaum Consultants

Lars Feld,
Wirtschaftsweiser

Jens Ehrhardt,
Vermögensverwalter, DJE Kapital



ILLUSTRATIONEN: TORSTEN WOLBER; FOTOVORLAGEN: BERNHARD HASELBECK, WERNER SCHUERING, IMAGO, PICTURE-ALLIANCE/DPA (2)

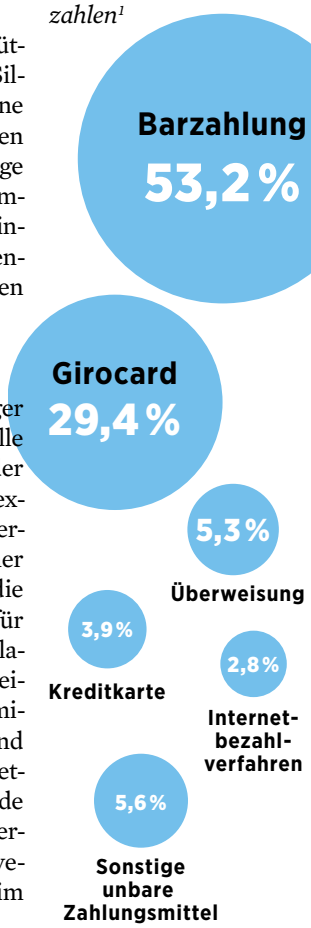
© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

stammt von Obdachlosenzeitungen – finanziert wird es von Kreditkartengesellschaften.
Auch aus Teilen der Wissenschaft kommt Unterstützung für die Bargeld-Gegner. Von dem Ökonomen Silvio Gesell (1862–1930) stammt die Idee, Geldscheine durch Abstempeln zu entwerten, um die Menschen vom Horten abzuhalten. Die jüngsten Vorschläge kommen von den Harvard-Ökonomen Larry Summers und Kenneth Rogoff. Sie fordern, das Bargeld international koordiniert abzuschaffen, um die Menschen mit Negativzinsen in den Konsum zu treiben und die Kriminalität auszutrocknen.

Kein Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung

Experten bezweifeln jedoch, dass man mit weniger Bargeld die Kriminalität eindämmen kann. Kriminelle nähmen zur Not auch kleinere Scheine, sagt der Münchner Anwalt Rainer Spatscheck, Strafrechtsexperte beim Deutschen Anwaltsverein. Dass sich Terroristen durch eine Bargeldgrenze vom Erwerb einer Kalaschnikow abhalten lassen, glauben allenfalls die Beamten in Schäubles Ministerium. Längst gibt es für die Terrorfinanzierung andere Wege wie das Hawala-Banking, ein System informeller Auslandsüberweisungen durch Mittelsmänner. Zudem eröffnen Kriminelle häufig unter falschen Identitäten Konten und verwischen durch internationale Überweisungsketten ihre Spuren. „Die Abschaffung von Bargeld würde Terrorismusfinanzierung oder Geldwäsche nicht verhindern, sondern nur auf elektronische Zahlungswege verlagern“, sagt Peter Schneiderhan, Mitglied im Präsidium des Deutschen Richterbundes.
Dazu kommt: Wichen die Bürger in einer bargeldlosen Welt nolens volens auf elektronische Zahlungen aus, stiege das Kriminalitätspotenzial, statt zu sinken. So habe die zunehmende Nutzung elektronischer Zahlungssysteme zu mehr Straftaten geführt, weil es Kriminellen leichtfalle, Daten abzugreifen, sagt Schneiderhan.
Kein Wunder, dass 79 Prozent der Bundesbürger einer aktuellen Umfrage zufolge am Bargeld festhalten wollen. Auch die Hoffnung der Finanzminister, ohne Bargeld Schwarzarbeit besser zu bekämpfen, ist naiv. Berechnungen des Ökonomen Friedrich Schneider von der Universität Linz zeigen, dass eine Obergrenze von 5000 Euro für Barzahlungen die Schwarzarbeit, die sich auf rund elf Prozent des Bruttoinlandsprodukts beläuft, allenfalls um ein Prozent drückt. Selbst ein totales Bargeldverbot schmälerte die Schattenwirtschaft nur um zwei bis drei Prozent. Schneider sagt, Bargeldbegrenzungen und -verbote seien „Scheinlösungen“ im Kampf gegen Kriminalität.

Womit die Deutschen zahlen[1]



[1] Anteil der Zahlungsmittel am Umsatz 2014, gerundet;
Quelle: Bundesbank

Die Verlockungen der bargeldlosen Welt

Es dürfte Finanzministern und Notenbankern daher um etwas ganz anderes gehen: In einer Welt ohne Bargeld wäre der Weg frei für Negativzinsen, mit denen sie die Staaten entschulden können. Die Kreditexzesse im Vorfeld der Finanzkrise, die Bankenrettung sowie die milliardenschweren Konjunkturprogramme haben die staatliche Schuldenlast auf Größenordnungen steigen lassen, die es früher nur in Kriegszeiten gegeben hat. Die Hoffnung, höheres Wachstum, gekoppelt mit höherer Inflation und Sparprogrammen, würde die Schulden abbauen, hat sich als Illusion entpuppt. Zudem ist der Sparwille in vielen Ländern erlahmt. Um die Staaten zu entschulden, bleibt daher nur die Alternative: Staatsbankrott oder Negativzinsen.
Zwar wäre die Bankrotterklärung, ein Schuldenschnitt zulasten der Gläubiger, der marktwirtschaftliche Weg. Doch die Regierungen haben ihn zum Tabu erklärt, wohl auch weil sie fürchten, in Zukunft dann nicht wieder auf Pump leben zu können. Negative Zinsen würden sie aus diesem Dilemma befreien. In fünf Regionen haben die Notenbanken die Leitzinsen bereits in den Minusbereich gedrückt. Das heißt: Die Banken müssen einen Strafzins zahlen, wenn sie Einlagen bei der Notenbank halten. In der Euro-Zone liegt der Einlagenzins derzeit bei minus 0,3 Prozent. Die Notenbanker setzen darauf, dass die Banken die Negativzinsen an ihre Kunden weitergeben. Das soll die Anleger abschrecken und zum Kauf von Staatsanleihen veranlassen. Klettern deren Kurse über den Rücknahmepreis einschließlich aller Kuponzahlungen, rutscht die Rendite ins Negative. Der Staat macht Gewinne, wenn er auslaufende Anleihen refinanziert. Das Geld kann er in die Schuldentilgung stecken.

Klaus-Michael Kühne, Mehrheitseigner Kühne + Nagel *„Was sich bewährt hat, soll man erhalten. Die Welt wird ohnehin digital genug!“*

Jürgen Stark, *Exchefvolkswirt der EZB*

Joseph Vogl, *Philosoph, Autor „Der Souveränitätseffekt“*

Christine Bortenlänger, *Geschäftsführender Vorstand Deutsches Aktieninstitut*

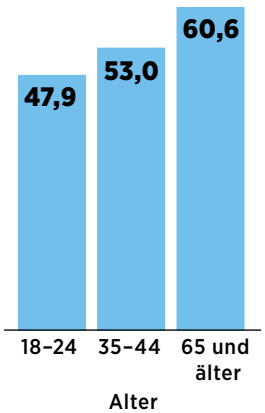
Justus Haucap, *Wettbewerbsökonom Universität Düsseldorf*

ILLUSTRATIONEN: TORSTEN WOLBER; FOTOVORLAGEN: PICTURE-ALLIANCE/DPA (3), MAX KOHR, CHRISTIAN GRUND, DDP (2), LAIF (2), IMAGO, PR

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Noch allerdings haben die Banken die Negativzinsen nicht an die Sparer weitergegeben. Allenfalls für größere Einlagen mittelständischer Unternehmen wollen sie, wie die Commerzbank, demnächst eine Gebühr erheben. Dass die Institute den meisten Privatkunden noch keinen Strafzins berechnen, ist der Sorge geschuldet, diese könnten ihre Konten räumen und Geld bar unter dem Kopfkissen horten. Den Banken ginge dann eine wichtige Refinanzierungsquelle verloren.
In einer Welt ohne Bargeld hingegen könnten die Kunden dem Negativzins kaum ausweichen. Schon das von der EZB angestrebte Ende der 500-Euro-Note würde das Horten von Bargeld erschweren. Je höher die Kosten der Bargeldhaltung, desto tiefer können die Euro-Hüter die Zinsen in den Negativbereich drücken, ohne dass Banken und Sparer ins Bargeld flüchten. Verschwände das Bargeld komplett, gäbe es keine Untergrenze mehr für die Zinsen. Die Negativzinswelt wäre perfekt, die Staaten im Handumdrehen entschuldet.

Wer es bar besonders liebt (in Prozent)[1]



[1] Anteil der Barzahlungen an den Umsätzen nach Altersgruppen 2014; **Quelle:** Bundesbank

Die schleichende Enteignung

Doch die langfristigen Folgen für die Wirtschaft wären verheerend. Nicht nur dass die Sparer schleichend enteignet würden. Im Fall einer Bankenkrise hätten sie zudem keine Möglichkeit mehr, ihr Vermögen durch Barabhebungen in Sicherheit zu bringen. „Die liquiden Mittel der Bürger wären vollends im Bankensektor eingesperrt, Geldhalter müssten noch stärker für die Rekapitalisierung maroder Banken bluten“, warnt Stefan Kooths, Konjunkturchef des Instituts für Weltwirtschaft in Kiel. Mit der Abschaffung des Bargelds gäbe es zunächst auch kein gesetzliches Zahlungsmittel mehr. Entweder die Zentralbank biete dann den Bürgern Girokonten an und schaffe so umlauffähiges elektronisches Zentralbankgeld, oder das von den Banken aus dem Nichts produzierte Geschäftsbankengeld müsse zum gesetzlichen Zahlungsmittel erklärt werden. „Die erste Variante hätte einiges für sich, würde aber auf ein vom Finanzsektor ungeliebtes Vollgeldsystem hinauslaufen, während die zweite Variante eine weitere, marktwirtschaftlich unvertretbare Privilegierung der Banken bedeutete“, so Kooths. In beiden Fällen müsste das Bundesbankgesetz geändert werden, da es die auf Euro lautenden Banknoten als das „einzige unbeschränkte gesetzliche Zahlungsmittel“ festlegt. Die Bundesbank hat bereits Widerstand erkennen lassen. „Es wäre fatal, wenn die Bürger den Eindruck bekämen, dass ihnen das Bargeld nach und nach entzogen wird“, warnte Bundesbank-Präsident Jens Weidmann.
Sinken die Zinsen dauerhaft unter die Null-Prozent-Marke, erodiert zudem die Sparbereitschaft. Damit schwindet die Grundlage für nachhaltige Investitionen und einen gesunden Kapitalstock. Der Wohlstand gerät in Gefahr. „Die Politik der Negativzinsen ist ein Frontalangriff auf die Marktwirtschaft – auf das gesellschaftliche System, das für produktive und friedliche Kooperation der Menschen sorgt“, warnt Thorsten Polleit, Chefökonom der Degussa.
Zudem hinterließe in einer bargeldlosen Welt jede Zahlung Spuren, sei es per Kreditkarte, Smartphone oder Onlinebanking. Kein Geldgeschenk, kein Trinkgeld, kein Arzneimittelkauf, keine Urlaubsreise, kein Freizeitvergnügen bliebe mehr verborgen. Die Privatheit wäre perdu. Am Ende dürften die Menschen das Vertrauen in das Geld verlieren. Dann könnten sie sich auf die Suche nach besser geeigneten Tauschmitteln machen. „In der Innovationsküche für Alternativwährungen brodelt es schon seit Längerem“, sagt IfW-Ökonom Kooths.

Bitcoin keine Alternative

Das Problem ist nur, dass die Köche dort bisher noch nichts wirklich Genießbares auf den Tisch gebracht haben. Vielen gilt der Bitcoin, ein virtuell generiertes Zahlungsmittel, als Hoffnungsträger für ein staatsfreies und somit nicht so leicht manipulierbares Geld. Immerhin gibt es mehr als 100 000 Händler, bei denen man mit Bitcoins zahlen kann. Nicht nur im Internet. Auch in manch hipper Kneipe in Berlin kann man seine Rechnung mit Bitcoins begleichen. Doch eine echte Alternative zum Bargeld ist die digitale Währung noch nicht. Zwar lassen sich mit dem Halten von Bitcoins Negativzinsen vermeiden. Aber spekulative Attacken auf die Währung lassen deren Wert schwanken wie ein Schiff in stürmischer See. Nichts also für sicherheitsorientierte Sparer.

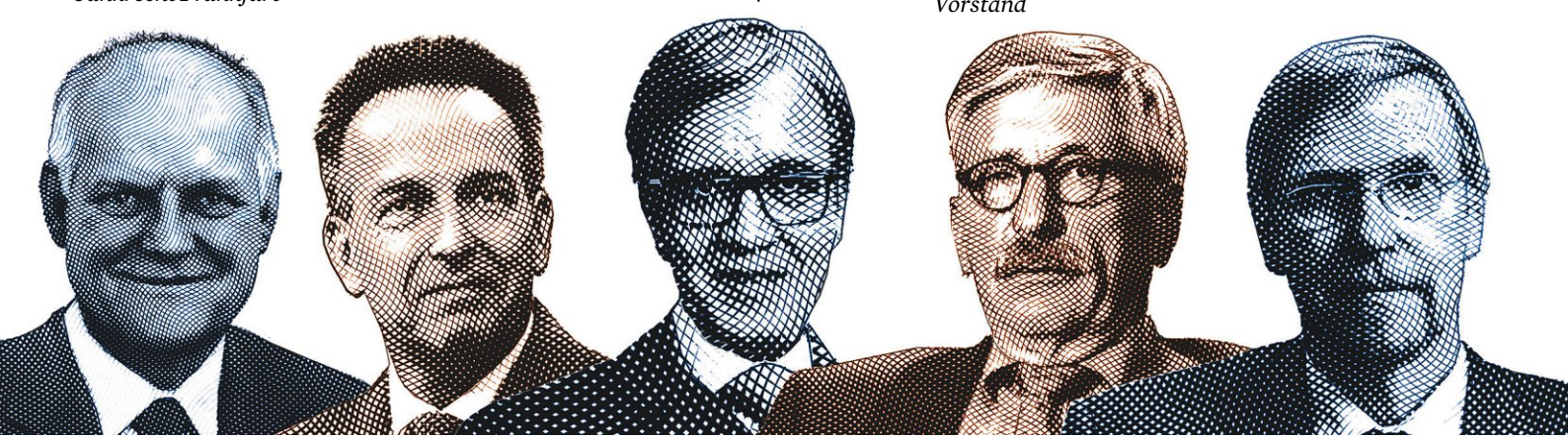
Dietmar Bartsch, Fraktionschef Die Linke *„Ich bin voll gegen die Abschaffung des Bargeldes, das wäre ein weiteres Stück Freiheitsberaubung. Ich hätte mir gewünscht, dass die anderen, die nun mit mir dagegen sind, auch bei der Vorratsdatenspeicherung dagegen gewesen wären.“*

Helmut Siekmann, *Professor für Geld-, Währungs- und Notenbankrecht Frankfurt*

Stefan Homburg, *Ökonom Uni Hannover*

Thilo Sarrazin, *ehemaliger Bundesbank-Vorstand*

Thomas Mayer, *Gründungsdirektor Flossbach von Storch Research Institute*



© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

Zudem lassen sich nur rund drei Zahlungen pro Sekunde in dem Netzwerk abwickeln. „Um eine Rolle als weltweiter Zahldienst zu übernehmen, ist das völlig ungenügend. Außerdem können nicht zu jedem Zeitpunkt die Beträge aller Konten überprüft werden“, sagt Informatiker Rainer Böhme, Professor für Sicherheit und Datenschutz an der Universität Innsbruck. Zudem könnte ausgerechnet der technische Fortschritt den Bitcoin gefährden. „Wenn wir in den nächsten Jahren eine Lösung finden – zum Beispiel durch den Quantencomputer –, die die Rechenleistung mit einem Schlag enorm erhöht, würde sie den Bitcoin unmittelbar entwerten“, sagt Böhme.

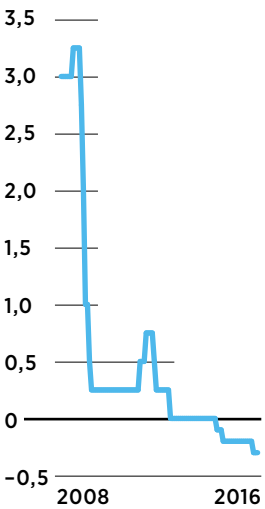
Auch mit der Anonymität der Zahlungen hapert es. Denn jedem Bitcoin-Nutzer wird ein Nummernkonto zugewiesen, vergleichbar mit einer Kontonummer bei der Bank. Und im Bitcoin-Register lässt sich jede Bewegung auf den Nutzerkonten nachvollziehen. „Alle Informationen sind dezentral gespeichert“, sagt IT-Sicherheitsexperte Arron Finnon. „Und jeder erhält vollständigen Einblick über das Internet.“ Genau das reizt die staatlichen Notenbanken, selbst Kryptowährungen in Umlauf zu bringen. Die chinesische Zentralbank gab im Januar bekannt, an einer eigenen Kryptowährung zu arbeiten. „Natürlich haben Notenbanken ein Interesse daran, eigene digitale Währungen zu schaffen. Sie besitzen dann völlige Kontrolle“, sagt Finnon. „Wenn eine elektronische Geldbörse abgeschaltet wird, ist der Besitzer sofort mittellos.“

Recht auf Selbstbestimmung

Das spricht dafür, den Kampf für den Erhalt des Bargelds vorerst in der realen Welt zu führen. Wie viel Bargeld und in welcher Stückelung den Bürgern zur Verfügung steht, entscheidet die EZB. Denn sie besitzt laut EU-Vertrag „das ausschließliche Recht, die Ausgabe von Euro-Banknoten innerhalb der Union zu genehmigen“.

Für die Ausgabe der Banknoten selbst sind die EZB und die nationalen Zentralbanken zuständig. Das heißt aber nicht, dass die EZB freie Bahn hätte, die Banknotenausgabe ganz zu stoppen. „Die Befugnis, konkrete Genehmigungen zu erteilen, geht nicht so weit, ein komplettes Ausgabeverbot verfügen zu können“, sagt Carlos-Alexander Gebauer, Rechtsanwalt bei der Düsseldorfer Kanzlei Lindenau, Prior&Partner.

Strafzins für Banken[1]



[1] Zinssatz für Einlagen der Banken bei der EZB, in Prozent;
Quelle: Thomson Reuters

Allerdings könnte der Rat der EU-Regierungschefs einstimmig auf Vorschlag der Kommission und nach Zustimmung des Europäischen Parlaments Vorschriften erlassen, das Bargeld komplett aus dem Verkehr zu ziehen. In diesem Fall würde wohl nur noch ein Gang zum Bundesverfassungsgericht nach Karlsruhe helfen. Denn der Zwang, alle Zahlungen elektronisch abzuwickeln und so persönliche Daten freizugegeben, steht im Widerspruch zum Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung, das aus dem Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit (Artikel 2 Grundgesetz) abgeleitet ist. In dieses Bürgerrecht darf nur nach dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit eingegriffen werden. Die aber dürfte mit einem Bargeldverbot zur Bekämpfung von Terrorismus und Kriminalität verletzt sein. „Dafür stehen mildere Instrumente zur Verfügung“, sagt Gebauer.

Kampf um die öffentliche Meinung

Der Anwalt ist daher überzeugt: „Vor dem Hintergrund unserer besonderen historischen Erfahrungen mit Diktaturen und ihrem Wissensdurst wird in Deutschland prinzipiell kein Richter bereit sein, dieses hohe Recht auf informationelle Selbstbestimmung auf dem Altar einer dadurch aussichtslosen Terrorbekämpfung zu opfern.“ Auch eine Entscheidung der EU zur Abschaffung von Bargeld könne dieses Grundrecht nicht aushebeln. „Das Grundgesetz schützt die Bürger gezielt vor vergleichsweise geringeren Rechtsschutzstandards“, sagt Gebauer.

Die beste Strategie aber besteht wohl darin, es gar nicht so weit kommen zu lassen, dass Münzen und Scheine aus unserer Welt verschwinden. „Man muss den Bürgern klarmachen, dass Bargeld kein Deckmantel für Kriminelle, sondern eine Bastion der Freiheit und ein Bollwerk gegen Übergriffe der Regierung ist“, sagt Paul-Martin Foss, Gründer des Carl-Menger-Zentrums im US-Bundesstaat Virginia. ■

malte.fischer@wiwo.de,
sebastian kirsch, mark fehr | Frankfurt

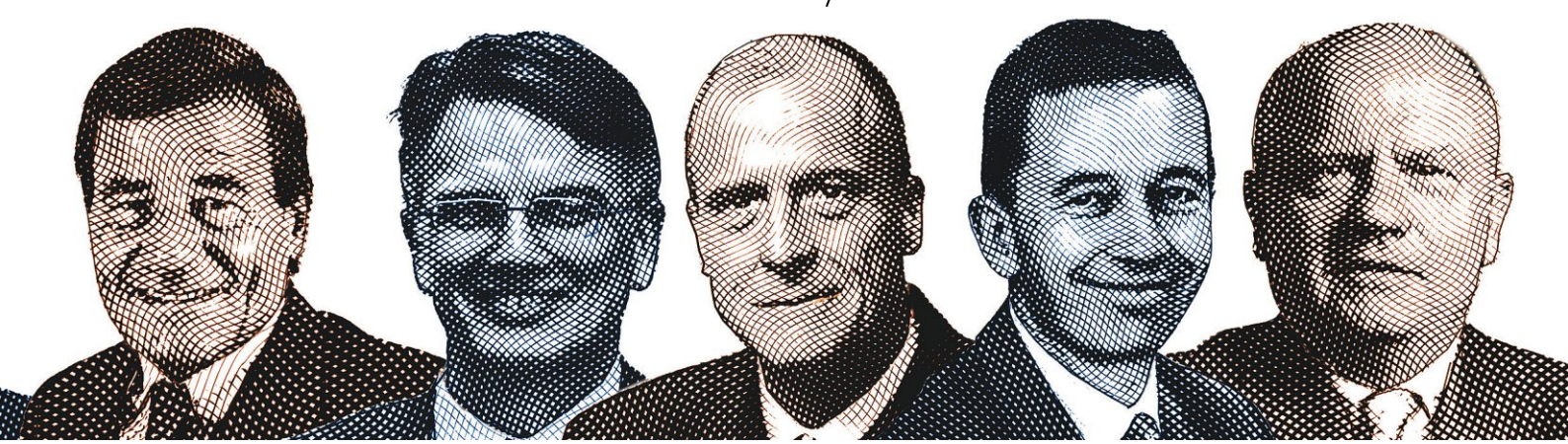
Wolfgang Grupp,
Inhaber Trigema

Uwe Fröhlich,
Präsident Bundesverband der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken

Tom Enders, CEO Airbus Group
„Bargeldbegrenzung wäre ein weiterer Fall zwangsweiser Volksbeglückung, ein weiterer Schritt weg von Marktwirtschaft und Freiheit.“

Bernd Lucke,
Bundesvorsitzender Allianz für Fortschritt und Aufbruch (Alfa)

Martin Richenhagen,
Vorstandschef des Landmaschinenherstellers AGCO



ILLUSTRATIONEN: TORSTEN WOLBER; FOTOVORLAGEN: PR, ACTION PRESS, BREUEL BILD, PICTURE-ALLIANCE/DPA (4), CHRISTOF MATTES, MATTHIAS SCHMIEDEL, PHOTOTHEK

© Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.